



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT DES GEMEINDERATES NR. 7

Am **Dienstag, 8. November 2022 um 19:00 Uhr**, ist im Sitzungssaal des Gemeinderates von Schenna, Erzherzog Johann Platz Nr. 1, nach Erfüllung der im geltenden Kodex der örtlichen Körperschaften der Region Trentino – Südtirol sowie in der geltenden Gemeindegesetzgebung und Geschäftsordnung des Gemeinderates enthaltenen Formvorschriften, der Gemeinderat zu einer Sitzung (Erste Einberufung) einberufen worden.

Anwesend sind:

	EA	UA		EA	UA
Annelies Pichler			Andrea Mair		
Barbara Klotzner			Franz Patscheider		
Franz Dapra'			Hannes Dosser		
Irene Theresia Öttl			Johann Pircher		
Josef Mair			Oswald Zöggeler		
Simone Berta Piffer			Stephan Raffl		
Simon Klotzner	X		Stefan Wieser		
Walter Dosser					

Den rechtlichen Beistand leistet der Gemeindegeschäftsführer, Herr Dr. Armin Mathà

Die Bürgermeisterin Annelies Pichler übernimmt den Vorsitz, begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder und erklärt die Sitzung als eröffnet.

Als Stimmzähler dieser Sitzung werden die Ratsmitglieder Irene Theresia Öttl und Andrea Mair bestimmt.

Dann wird mit der Behandlung der Tagesordnung begonnen:

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.10.2022

Das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung wurde den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten zusammen mit der Tagesordnung zugestellt. Die einzelnen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte kommen zu Wort. Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt kann zur Beschlussfassung übergegangen werden.

Das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung wird mit 14 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen genehmigt.

2. Rechnungswesen - Haushaltsvoranschlag 2022 - 2024. Sechste Haushaltsänderung (sofort vollziehbar)

Der Gemeindegeschäftsführer erläutert die sechste und voraussichtlich letzte Haushaltsänderung für das Jahr 2022.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt kann zur Beschlussfassung übergegangen werden. Der Beschluss wird Einstimmig genehmigt und einstimmig für unverzüglich vollziehbar erklärt.

3. Südtiroler Einzugsdienste AG (SEDAG) - Abänderung des Tarifplans für die Dienstleistung der technologischen Vermittlung "pagoPA" ab 01.01.2023 bis 31.12.2025

Der Gemeindegeschäftsführer erläutert die Hintergründe für die Notwendigkeit der Abänderung des Tarifplans. Konkret soll eine pauschale Gebühr für alle Zahlungen eingeführt werden, die über pagoPA abgewickelt werden. Diese liegt bei 0,25 Euro.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt kann zur Beschlussfassung übergegangen werden.

Der Beschluss wird Einstimmig genehmigt.

4. Kommission zur Feststellung der Unbewohnbarkeit von Gebäuden - Neue Ernennung des Technikers der Landesabteilung Wohnungsbau

Der Gemeindegeschäftsführer erinnert daran, dass der Gemeinderat zu Beginn der Amtsperiode die Kommission zur Feststellung der Unbewohnbarkeit von Gebäuden ernannt hat. Die Mitglieder seitens des Landes werden dabei vom Land vorgeschlagen und vom Gemeinderat ernannt. Das Land schlägt nun ein neues Mitglied vor, und zwar Frau Geom. Karin Plank und als Ersatz Frau Geom. Flavia Vanzetta.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt kann zur Beschlussfassung übergegangen werden.

Der Beschluss wird Einstimmig genehmigt.

5. Umwandlung von bestehender Baumasse im Sinne von Art. 36 LG Nr. 9/2018 („Garni Zur Vogelweide“)

Die Bürgermeisterin und der Gemeindegeschäftsführer erläutern die Hintergründe zu diesem Beschluss. Die Eigentümer der Garni zur Vogelweide haben einen Antrag auf Umwandlung der heute gastgewerbliche zweckbestimmten Baumasse in Wohnnutzung eingereicht. Durch diese Umwandlung ginge eine Kubatur von 358 m³ „verloren“. Der Art. 36 Abs. 2 LG 9/2018 sieht nun die Möglichkeit vor, dass auch diese Baumasse realisiert werden kann, und zwar in Abweichung von den Planungsinstrumenten. Der entsprechende Beschluss kann vom Gemeinderat nach Anhören der Gemeindekommission für Raum- und Landschaft in begründeten Ausnahmefällen gefasst werden.

Die Gemeindekommission für Raum und Landschaft hat den Antrag in der Sitzung vom 26.10.2022 positiv begutachtet und insbesondere festgestellt:

- dass mit der gegenständlichen Umwandlung grundsätzlich den Zielsetzungen des Landesgesetzes Raum – und Landschaft entsprochen wird;
- dass insbesondere bestehende Bausubstanz erhalten bleibt;
- dass insbesondere bereits erschlossene Flächen effizient und kompakt genutzt werden;
- dass insbesondere gemischte Siedlungsstrukturen geschaffen werden;
- dass durch die Umwandlung eines gastgewerblichen Betriebs in Wohnvolumen die Siedlungsqualität in einer von Beherbergungsbetrieben geprägten Umgebung aufgewertet wird und gleichzeitig dem Problem der Wohnungsnot entgegengewirkt wird;

Der Gemeinderat spricht sich nach eingehender Diskussion dafür aus, den gegenständlichen Antrag im Sinne von Art. 36 Abs. 2 LG 9/2018 zu genehmigen. Die zusätzliche Baumasse von 358 m³ ist zu 100 % für Wohnungen für Ansässige laut Art. 39 LG 9/2018 bestimmt. Außerdem muss das ehemals bestehende Arztambulatorium im Erdgeschoss neu errichtet und als solches verwendet werden. Es handelt sich dabei um eine spezifische Auflage zu Lasten der Bauherren/Eigentümer.

Für die gegenständliche Umwandlung ist auch der Planungsmehrwert laut Art. 19 LG 9/2018 zu entrichten.

Gemeinderätin Barbara Klotzner erkundigt sich, ob die Betten welche frei werden in die Bettenbörse fallen. Der Gemeindegeschäftsführer bejaht dies: zumal eine bestehende Lizenz vorliegt sollten diese Betten in die Bettenbörse fallen. Die genaue Handhabung hinsichtlich der Zuweisung der Betten ist heute noch nicht bekannt. Die entsprechenden Kriterien werden vom Gemeinderat genehmigt. Gemeinderätin Barbara Klotzner erkundigt sich außerdem, ob die Möglichkeit bestünde die gesamte Baumasse für Wohnungen für Ansässige vorzubehalten. Der Gemeindegeschäftsführer verneint dies, da in der betreffenden Zone das Landesgesetz Raum- und Landschaft die „Konventionierung“ im Verhältnis 60/40 vorsehe.

Gemeinderat Hannes Dosser erkundigt sich, ob die vorgesehene Arztpraxis in Zukunft anderweitig genutzt werden könne. Der Gemeindegeschäftsführer verneint dies, weil es sich um eine spezifische Auflage der Gemeinde handle.

Gemeinderat Hannes Dosser fragt außerdem, ob Wohnungen die aktuell über Privatzimmervermietung touristisch genutzt werden als Wohnungen für Wohnnutzung veräußert werden können. Der Gemeindegeschäftsführer antwortet, dass diese Möglichkeit besteht, sofern es sich um Wohnungen mit Zweckbestimmung Wohnnutzung handelt. Ob eine Wohnung für Privatzimmervermietung, AirBnB usw. verwendet wird hat auf die Zweckbestimmung grundsätzlich keine Auswirkung, zumal die Wohnung in diesem Fall keine gewerbliche Zweckbestimmung bekommt. Somit können diese Wohnungen nach Abmeldung der Tätigkeit wie jede andere Wohnung für Wohnnutzung genutzt bzw. auch vermietet, veräußert usw. werden.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt kann zur Beschlussfassung übergegangen werden.

Der Beschluss wird Einstimmig genehmigt.

6. Ausschreibung des Wettbewerbes für die Besetzung der Stelle als Generalsekretär/in II. Klasse - 9. Funktionsebene (sofort vollziehbar)

Der Gemeinderat stimmt einstimmig für die Ergänzung dieses Tagesordnungspunktes auf der Tagesordnung.

Der Gemeindegeschäftsführer erläutert die Hintergründe zu diesem Beschluss.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt kann zur Beschlussfassung übergegangen werden.

Der Beschluss wird einstimmig genehmigt und einstimmig für unverzüglich vollziehbar erklärt.

7. Mitteilungen und Anfragen

Die Bürgermeisterin berichtet, dass das Land Südtirol einen Beitrag in der Höhe von knapp zwei Millionen Euro für die Generalsanierung der Grundschule zugesagt hat. Damit ist die Realisierung des Vorhabens zusammen mit der Verwendung der übrigen Art. 3 Gelder (ca. 2,5 Millionen Euro) gesichert. Die Ausschreibung soll im Dezember 2022 erfolgen.

Aktuell beginnen drei verschiedene öffentliche Baustellen, und zwar die Verbreiterung der Engstelle, die Anpassungsarbeiten im Recyclinghof sowie die Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung in der Ifingerstraße.

Gemeinderat Franz Patscheider erkundigt sich nach der Überprüfung der Brücke in Untertal. Der Vizebürgermeister berichtet, dass die Überprüfung grundsätzlich positiv verlaufen ist. Die aktuelle Gewichtsbeschränkung kann beibehalten werden. Bis nächstes Jahr soll ein detaillierter Maßnahmenkatalog vorliegen.

Gemeinderat Stephan Raffl erkundigt sich nach dem Stand der Dinge in Sachen Gemeindegeschäftsentwicklungsprogramm. Die Bürgermeisterin und der Gemeindegeschäftsführer berichten, dass man mit den anderen Gemeinden im Einzugsgebiet im Austausch sei um zu klären, in welchen Bereichen zusammengearbeitet werden kann. Man ist der Ansicht, dass es besser ist noch abzuwarten, zumal die Ausschreibungskriterien für die betreffenden Leistungen von Seiten des Landes noch nicht definiert sind.

Gemeinderat Stephan Raffl erkundigt sich nach den bevorstehenden Änderungen in Sachen Gemeindeimmobiliensteuer. Der Gemeindegeschäftsführer antwortet, dass aktuell noch einige Fragen zu klären sind. Der entsprechende Beschluss soll anlässlich der nächsten Gemeinderatssitzung auf Tagesordnung kommen.

Gemeinderat Franz Patscheider berichtet, dass die Seelsorgeeinheit nun Schenna-Tirol heißt.

Gemeinderat Hannes Dosser erkundigt sich nach dem Stand der Dinge betreffend die Arbeiten im Skigebiet Meran 2000. Laut Auskunft der Gesellschaft Meran 2000 Bergbahnen AG werden die Arbeiten für den neuen Verbindungslift fertiggestellt und die neue Anlage soll innerhalb Weihnachten in Betrieb genommen werden. Das Projekt hat Mehrkosten mit sich gebracht, sodass die weiteren geplanten Investitionen (Skilift

Kesselberg) vorerst offenbleiben. Bei den Tickets wird es in der kommenden Saison eine Preissteigerung von ungefähr 10 % geben.

Gemeinderat Franz Patscheider erkundigt sich nach geplanten Maßnahmen zur Energieeinsparung für den bevorstehenden Winter. Der Vizebürgermeister antwortet, dass man verschiedene Maßnahmen für die gemeindeeigenen Gebäude getroffen habe, und zwar sowohl was den Strom- als auch was den Gasverbrauch betrifft.

Gemeinderat Franz Daprà erkundigt sich nach den nächsten Schritten betreffend die Radverbindung Schenna-Meran. Die Bürgermeisterin berichtet, dass die Kosten für die letzte Variante mit mehr als 5 Millionen Euro sehr hoch seien und das Projekt somit in dieser Form nicht realisierbar bzw. finanzierbar sei. Aktuell versuche man mit dem beauftragten Techniker zu klären, in welcher Form das Projekt „abgespeckt“ werden könne bzw. welche Möglichkeit der Unterteilung in Lose realistisch und umsetzbar sei.

Nach Abschluss der Tagesordnung und Erörterung aller Diskussionspunkte wird die Sitzung um 20.30 Uhr geschlossen.

DIE BÜRGERMEISTERIN
Annelies Pichler

DER GEMEINDESEKRETÄR
Dr. Armin Mathà

(digital signiertes Dokument)